



## IG Metall Bruchsal drängt auf unbefristete Übernahme von Auszubildenden !

Montag, 4. Juli 2011 - 18:21



Die IG Metall Bruchsal macht die unbefristete Übernahme von Auszubildenden zu einer ihrer tarifpolitischen Kernforderungen. "Bei der Übernahme drückt der Schuh so stark, dass wir sie auf jeden Fall zum Thema machen werden", sagte IG Metall Bevollmächtigter Eberhard Schneider, bei den Regionalkonferenzen in Büchenau sowie in Flehingen. Auch der Kampf gegen ausufernde Leiharbeit werde ganz oben stehen, kündigte Schneider an.

Der aktuelle Tarifvertrag in der Metall- und Elektrobranche garantiert den fertig Ausgebildeten eine Übernahme für nur ein Jahr. Aus Sicht der IG Metall ist das zu oft der Beginn von Beschäftigung ohne langfristige Perspektive. "Da reiht sich eine Befristung an die andere und das über einen langen Zeitraum, in dem beispielsweise die Familiengründung ansteht", sagte Dirk Becker, Gewerkschaftssekretär, der die Jugend betreut. "Prekäre Beschäftigung ist ein Thema der Jugend. Trotz überwiegend guter wirtschaftlicher Lage in den Betrieben werden die Jungen nur für 12 Monate übernommen. Durch das Verhalten der Betriebe die Ausgebildeten nur 12 Monate zu übernehmen, entgehen den Jungen Qualifizierungsmöglichkeiten. Das schadet den Jungen, langfristig aber auch den Betrieben, die nach qualifizierten Beschäftigten schreien aber Qualifizierung dadurch verhindern", so Dirk Becker.

Becker sieht die Übernahmefrage eng verzahnt mit der boomenden Leiharbeit, die den Gewerkschaften seit langem ein Dorn im Auge ist. "Einerseits beklagen die Arbeitgeber den Fachkräftemangel, aber andererseits übernehmen sie die Jugendlichen nicht unbefristet, die sie selber ausgebildet haben. "In der Regel bekommen die Ausgelernten nur einen befristeten Arbeitsvertrag. Die Unternehmen seien mit einem erheblichen Aufbau von prekärer Beschäftigung, nämlich Leiharbeit, aus der Krise gekommen. Nun im Aufschwung müsse der Trend enden.

Als mögliche Instrumente, sich dem Ziel der IG Metall "gleiches Geld für gleiche Arbeit" zu nähern, nennt Rainer Wacker, Gewerkschaftssekretär, einerseits entsprechende Zuschläge für die betroffenen Leiharbeitnehmer, andererseits die Stärkung der Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte bei der Einstellung der Leiharbeiter und deren Arbeitsbedingungen in den jeweiligen Einsatzbetrieben. Die junge Generation sei besonders betroffen von der Zunahme prekärer Beschäftigung, sagte Schneider bei einer Regionalkonferenz in Flehingen.

Die Einstellungspolitik der Arbeitgeber müsse sich ändern. Immer weniger junge Leute fänden nach Ausbildung oder Studium eine feste Stelle. "Ihr Arbeitsleben ist geprägt von Leiharbeit, Werkverträgen, befristeter Einstellung oder Dauerpraktika. Hauptschülern und bildungsbenachteiligten Jugendlichen werde häufig noch nicht einmal eine Ausbildung ermöglicht. Die Arbeitgeber betreiben trotz des drohenden Fachkräftemangels immer noch eine Politik der Ausgrenzung mit dramatischen Folgen für eine ganze Generation", kritisierte Schneider.